

**3732/J XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 17.04.2002**

## **ANFRAGE**

der Abgeordneten S i l h a v y  
und GenossInnen

an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen

### **betreffend unsoziale Besteuerung der Unfallrenten**

Seit 1. Jänner 2001 werden Unfallrenten in unsozialerweise besteuert. Unzählige sachliche Einwände und Kritik insbesondere von den unmittelbar Betroffenen wurden seitens der Regierung ignoriert. Die Forderung der SPÖ nach ersatzloser Abschaffung der Besteuerung der Unfallrenten bleibt aufrecht und wird auch an dieser Stelle mit Nachdruck wiederholt. Im Zuge der Unfallrentenbesteuerung kommt es zu schlimmen Härtefällen. Menschen, die an den Folgen eines Arbeitsunfalles leiden und daher oft ohnedies mit geringem Einkommen auskommen, müssen plötzlich Zahlungen leisten. Neben den vielen Erfahrungs- und Leidensberichten, die aus der Praxis laufend geliefert werden, sind von offizieller Seite kaum Daten bekannt gegeben worden, aus denen das Ausmaß der Auswirkungen ablesbar wären.

**Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen folgende**

#### **Anfrage:**

1. Wie viele Personen bezogen eine Unfallrente mit dem Stichtag 30.6.2001 (nach Bundesländer und Geschlecht getrennt anführen!)?
2. Wie viele von diesen Personen waren zu dem Zeitpunkt im aktiven Berufsleben?
3. Wie hoch waren und sind die Kosten für den Bezug dieser Unfallrenten?
4. Wie viele Personen, die bereits vor dem 30.6.2001 eine Unfallrente bezogen, brachten einen Antrag über die Zuwendungen zur Unterstützung für Bezieher und Bezieherinnen von Renten aus der Unfallversicherung/Unfallversorgung (Abgeltung der Mehrbelastung gemäß § 33 des Bundesbehindertengesetzes; für Personen, denen auf Grund der seit 1.1.2001 geltenden Besteuerung ihrer Bezüge aus der gesetzlichen Unfallversicherung/Unfallversorgung eine Mehrbelastung entsteht) ein?
5. Wie viele Anträge wurden abgelehnt und was waren die Gründe für die Ablehnungen?
6. Wie vielen der unter Punkt 4 genannten Personen wurde dem Antrag auf Zuwendungen entsprochen und die durch die Unfallrentenbesteuerung entstehende Mehrbelastung voll abgegolten?
  - 6.1. Wie hoch waren die Kosten hierfür?

7. Wie vielen der unter Punkt 4 genannten Personen ist eine teilweise Abgeltung gewährt worden (wenn das zu versteuernde Jahreseinkommen den Betrag von ÖS 230.000,- /EUR 16.714,75 übersteigt und die zusätzliche Steuerbelastung höher ist als die Grenze von ÖS 230.000,-)?
  - 7.1. Wie hoch waren die Kosten hierfür?
8. Wie vielen dieser Personen ist eine (teilweise) Abgeltung nach gesonderten Richtlinien für besonders gelagerte Härtefälle unter Berücksichtigung der Begleitumstände gewährt worden?
  - 8.1. Wie hoch waren die Kosten hierfür?
9. In wie vielen Fällen wird ein Vorschuss auf die Zuwendung gewährt?
10. Wie hoch ist die durchschnittliche Höhe der Zuwendungen?
11. Wie viele UnfallrentenbezieherInnen, die zum Stichtag 30.6.2001 im Erwerbsleben gestanden sind, mussten bzw. müssen im Zusammenhang mit der ArbeitnehmerInnenveranlagung eine Steuernachzahlung leisten?
12. Wie hoch waren bzw. sind diese Steuernachzahlungen?
13. Wie viele UnfallrentenbezieherInnen, die zum Stichtag 30.6.2001 im Erwerbsleben gestanden sind, werden als Selbständige eine Steuernachzahlung leisten müssen?
14. Wie viele Personen - im Zeitraum vom 30.6.2001 bis 31.3.2002 - bezogen bzw. beziehen gleichzeitig eine Unfallrente und eine Pension?
15. Wie viele Personen - im Zeitraum vom 30.6.2001 bis 31.3.2002 - bezogen bzw. beziehen gleichzeitig eine Unfallrente und ein Erwerbseinkommen?
  - a) Wie viele Personen davon sind aus unselbständiger Erwerbstätigkeit betroffen?
  - b) Wie viele Personen davon sind aus selbständiger Erwerbstätigkeit betroffen?
16. Wie wird bei der unter Punkt 15 genannten Gruppe die Besteuerung gehandhabt?
17. Wie hoch ist der Gesamtbeitrag der UnfallrentnerInnen zum Nulldefizit, errechnet aus der Summe der Einnahmen aus der Besteuerung der Renten?
18. Wie hoch ist der Beitrag der UnfallrentnerInnen zur Behindertenmilliarde?
19. Welche Informationen stellen Sie bzw. Ihr Ressort den betroffenen Personen bzw. deren Angehörigen zur Unfallrente bzw. zur Unfallrentenbesteuerung zur Verfügung?
20. Welche Institutionen/Ministerien stellen zur Unfallrente und Unfallrentenbesteuerung welche Informationen zur Verfügung?